

Vortrag aus Anlass der 75. Wiederkehr der Befreiung Hannovers von Krieg und Nationalsozialismus am 10. April 2020

SO VIEL ANFANG WAR NIE – ZUR BEFREIUNG IM APRIL 1945 UND IHRER NACHWIRKUNG

MANFRED GRIEGER



Prof. Dr. Manfred Grieger © Gerrit Mumme

Landeshauptstadt

Hannover

Als die Ohnmacht vor 75 Jahren am größten war, schien die Zeit der Freiheit und des Neuanfangs am entferntesten. Zwar sehnten sich die meisten Einwohner Hannovers Anfang April 1945 nach einem Ende des Krieges, bangten sie doch um das Leben von Angehörigen oder hatten Todesangst vor dem nächsten Bombenangriff. Manche Fanatiker oder Phantasielose hofften jedoch noch auf den „Endsieg“, wenn die alliierten Truppen am Deister oder am Mittellandkanal aufzuhalten waren. Die bedingungslose Niederwerfung des Nationalsozialismus durch alliierte Truppen wünschte sich jedoch weiterhin keine Mehrheit der Deutschen.

Neben Regimegegnern, die nach Haft oder Verfolgungsmaßnahmen isoliert, zurückgezogen oder in informellem Kontakt mit Gleichgesinnten auf den Untergang der Diktatur warteten, mussten die Insassen von Haftstätten und Konzentrationslagern weiterhin um ihr Leben fürchten. Jeder Tag, der sie von der Befreiung trennte, brachte sie in Gefahr, noch kurz vor dem Eintreffen ihrer Befreier ermordet zu werden oder an Ausmergelung und Infektionskrankheiten zu sterben. Auch rund 60.000 ausländische Zwangsarbeiter, die meisten von ihnen aus der Sowjetunion, Polen, Italien und Frankreich, warteten auf die Möglichkeit, die Rechtlosigkeit abzustreifen und in ihre Heimat zurückzukehren.

Aber die Zeit des Übergangs blieb außerordentlich gefährlich, zumal die Macht der Nationalsozialisten erst mit der Übernahme der Stadt durch amerikanische Truppen an ihr Ende kam. Der Scharfmacher der Durchhaltepropaganda, NSDAP-Gauleiter Hartmann Lauterbacher, der am 4. April 1945 unter der Überschrift „Lieber tot als Sklav“ zum „fanatischen Einsatz“ aufgerufen hatte, verließ noch am gleichen Tag unter Mitnahme wertvoller Tauschwaren die Stadt in Richtung Harz. Seine Schreckensvision des verlorenen Krieges wiederholte die Unterstellungen des nationalsozialistischen Untergangsszenarios: „Alle Männer zwischen 14 und 65 Jahren werden in Sammellagern zusammengefasst und stehen unter der Bewachung von Juden und Schwarzen. Unsere Frauen werden in Negerbordelle verschleppt. Der Hunger grassiert.“

Hunger war dagegen schon längst täglicher Begleiter der Konzentrationslagerhäftlinge in Ahlem, Brinker Hafen, Limmer, Misburg, Mühlenberg und Stöcken gewesen. Die meisten dieser Männer und Frauen, die für Rüstungsbetriebe wie Continental, die Accumulatorenfabrik und Hanomag oder die Ölraffinerie der Deurag-Nerag am Mittellandkanal Zwangsarbeit verrichten mussten, gingen am 6./7. April 1945 zu Fuß auf Transport in Richtung Bergen-



Hartmann Lauterbacher, 1938.
Quelle: Der Deutsche Reichstag, 1938

Hannoversche Zeitung

NIEDERSÄCHSISCHE TÄGESZEITUNG · HANNOVERSCHER



KURIER UND HANNOVERSCHER ANZEIGER

Mr. 79 — Jahrgang 15

Donnerstag, den

5. April 1945

Preis 10 Rpt. — 1. bis 3. Ausgabe

Lieber tot als Sklav

Der Gauleiter ruft alle Volksgenossen zum fanatischen Einsatz auf:

NSG. Hannover, den 5. April 1945.

Niedersachsen, meine Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Der Feind steht, nachdem er hessisches und westfälisches Gebiet durchschritten hat, mit Panzer- und Infanterieverbänden in unmittelbarer Nähe unserer südwestlichen und westlichen Gaugrenzen.

Unsere Heimat ist damit in höchster Gefahr

Der Gau und Reichsverteidigungsbezirk Südhannover-Braunschweig wird daher seit Tagen in äußerste Verfeindungsbereitschaft versetzt. Wir sind gewillt und entschlossen, alle uns zur Verfügung stehenden Mittel und Möglichkeiten erbarmungslos einzusetzen, um unsere niedersächsische Erde, unsere Frauen und das höchste und wertvollste Gut, unsere Kinder, vor dem Zugriff der Anglo-Amerikaner und der ihnen folgenden Juden, Neger, Zuchthäusler und Gangster zu schützen.

Verloren ist nur das, was man verloren gibt! Auch dieser Krieg wird nur dann ein unübersehbares und schreck-

Hannoversche Zeitung, 5. April 1945

Belsen. Wer von den unterernährten oder mangelerkrankten Häftlingen unterwegs nicht mehr mitkam, erschossen die SS- und Marine-Begleitwachen. Andere aus Hannover abtransportierte Häftlinge töteten SS und andere NS-Funktionäre zusammen mit Häftlingen aus dem KZ Mittelbau-Dora am 13. April 1945 in einer Feldscheune bei Gardelegen. Im Lager Mühlenberg ermordete die SS noch vor der Befreiung mindestens 40 zurückgelassene Häftlinge.

Auch die örtliche Gestapo hielt unter ihren Gefangenen noch Bluternte, indem sie 153 Männer und eine Frau, die meisten von ihnen sowjetische Kriegsgefangene oder Zivilarbeiter aus der Sowjetunion oder Polen, auf dem Seelhorster Friedhof erschoss. Die Massenexekution vier Tage vor dem Einmarsch der Westalliierten symbolisierte ihre noch verbliebene Macht. Möglichst viele noch töten zu wollen, war zugleich Ausdruck der Ohnmacht von Gestapo-Angehörigen, den Untergang des NS-Systems nicht mehr aufhalten zu können, in dem sie eine zentrale Verfolgungsinstanz gebildet hatten. In vielen anderen Orten erfolgten in den letzten Kriegstagen ebenfalls durch Gestapo-Angehörige und andere NS-Funktionsträger Mordaktionen an ausländischen Zwangsarbeitern, später als „Endzeitverbrechen“ vor deutschen Gerichten verhandelt, ohne dass viele Beteiligte bestraft wurden.

Die meisten der mehreren Zehntausend Zwangsarbeiter in der Stadt saßen, nachdem der letzte Bombenangriff vom 28. März 1945 die Logistikketten endgültig zerrissen hatte und etwa bei der Hanomag die Produktion zum Erliegen gekommen war, in ihren Lagern fest. Ein tsche-

chischer Bäcker der Fa. Bahlsen verstarb noch Anfang April 1945 an seinen Brandverletzungen, die Fabrik an der Podbielskistraße verzeichnete am 28. März 1945 dagegen keine zusätzlichen Bombenschäden. Zwar führten dort die häufigen Alarme in den letzten beiden Kriegswochen zu starken Produktionsausfällen, jedoch zu keiner Stilllegung der Nahrungsmittelfabrik – auch im Berliner Betrieb arbeitete die Bahlsensche Brot-Abteilung und lieferte noch Feldzwieback an die Wehrmacht. Die Betriebe blieben, sofern Rohstoffe, Energie und Personal vorhanden waren, in Funktion. Die Belegschaften, auch die ausländischen Zwangsarbeiter, setzten ihre Routinen zwischen Arbeit in der Fabrik und Unterkunft fort, da das in der Zeit des Übergangs eine Basisversorgung ermöglichte. Sie warteten auf das Ende des Zwangssystems.

Vor diesem Hintergrund ergab sich eine große Bandbreite von Erwartungen und Empfindungen zur bevorstehenden Befreiung. Den Niederländer Henk Carbaat, der im April 1943 zur Continental in Hannover dienstverpflichtet worden war, machte das Eintreffen amerikanischer Soldaten am 10. April 1945 praktisch sprachlos: „Sie gaben einander die Hand [...] und schwiegen. Sie hatten es überlebt.“ Insbesondere die vielen Jahre der Rechtlosigkeit und zahlreichen Diskriminierungen ausgesetzten osteuropäischen Flüchtlingen verließen ihre Unterkünfte in der Hoffnung, ihren Hunger stillen zu können und nach dem militärischen Sieg möglichst rasch in



10. April 1945: Jeep der 9. US-Armee vor dem Hauptbahnhof Hannover © Historisches Museum Hannover

ihre Heimat zurückkehren zu können. Manche hatten die Sorge, dass ihnen der Stalinismus ihr Überleben als Kolaboration mit dem Feind ankreiden könnten oder die Sowjetisierung Polens neuerlich die Freiheit nehmen würde. Wieder andere, etwa das ukrainische Führungspersonal der von Werner Bahlsen in Kiew treuhändisch verwalteten Großfabrik, darunter auch „Volksdeutsche“, hatten sich tatsächlich auf die Seite der Deutschen gestellt. Realistisch sahen sie, denen 1944 probeweise die „Reichsangehörigkeit“ zugesprochen worden war, für sich keine Möglichkeit mehr, ohne Gefahr für Leib und Leben in den sowjetischen Machtbereich zurückzukehren.



Foto von Hans Pusen, 1942/1943: Ukraine, Keks- und Bonbonfabrik in Kiew. Die Firma Bahlsen hatte das Unternehmen „treuhänderisch“ vom 01.03.1942 bis zum 31.10.1943 übernommen. © Historisches Museum Hannover

Im KZ-Außenlager Ahlem verstarben dagegen nach dem Abmarsch der SS-Wachen mindestens 16 Häftlinge. Die amerikanischen Truppen befreiten dort am 10. April 1945 etwa 250 Ausgemergelte und Kranke, von denen in den nächsten Wochen trotz einer Verlegung in das Heidehaus noch mehr als 50 Personen starben. Viele überlebten also ihre Befreiung nur knapp. Der jüdische KZ-Häftling und ärztliche Psychotherapeut Viktor Frankl erinnerte in seinem Buch „trotzdem Ja zum Leben sagen“, dass die Vorstellung von Freiheit in den jahrelangen Sehnsuchtsträumen schon zu sehr abgegriffen und verblasst war, dass der Begriff und das innere Bild, nach der Befreiung mit der Wirklichkeit konfrontiert, geradezu zerfloss. Er hatte „buchstäblich verlernt, sich zu freuen“. Viele Befreite konnten schlichtweg nicht mehr glauben, dass „Freiheit wirkliche Wirklichkeit“ geworden war. Erst allmählich verfestigte sich der Eindruck, dass nach all der Drangsal ein neues Leben beginnen konnte.

Aus der „plötzlichen Druckentlastung“ (Viktor Frankl) erwuchsen sogar Gefahren für die seelische Gesundheit. Manche verharrten nach Jahren der bedrohlichen Unterdrückung „unter der Kategorie der Macht und der Gewalt“, indem sie als „Befreite, selber diejenigen zu sein vermeinen, die ihre Macht, ihre Freiheit willkürlich, hemmungslos und bedenkenlos nützen“ dürften. Sie wollten, noch gefangen im Erleben an der eigenen Person, anstatt Objekt „von Macht, Gewalt, Willkür und Unrecht“ zu deren Subjekt werden. Die auch in Hannover stattgefundenen Rachetaten, grundlosen Gewaltakte, das Aufbrechen nationalistischer Konflikte zwischen den unterschiedlichen Ausländergruppen bis hin zu Alkoholexzessen gehörten in diesen Zusammenhang.

Die anfangs bevorrechtigte Versorgung der befreiten KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter missfiel ehemaligen Nationalsozialisten, stellte dies doch die bisherige rassistische Hierarchisierung auf den Kopf. Die meisten ehemaligen Zwangsarbeiter verschwanden aber bis Sommer 1945 aus der Stadt und ließen eine große Erinnerungslücke zurück. In vielen ihrer Heimatländer, etwa in den Niederlanden, wohin Henk Carbaat bereits am 8. Mai 1945 mit einem Transport gelangte, war das Interesse an den Erlebnissen ehemaliger Zwangsarbeiter nach den dortigen Erfahrungen mit der deutschen Besatzungsmacht eher gering, wenn nicht gar unerwünscht. Auch die zwischen 1945 und 1964, im Lager Schierholzstr. 41 in Hannover-Buchholz wohnenden Polen, die die Alliierten als Displaced Persons kategorisiert hatten, vermochten, an den Rand gedrängt, ihre Sicht der Dinge nicht in die Erinnerung der Stadtgesellschaft Hannovers einzubringen. Selbst die sich in Hannover nach ihrer Befreiung neu niederlassenden, aus Osteuropa stammenden Juden stießen bei ihrer Integration in die Jüdische Gemeinde auf Schwierigkeiten. Die offizielle Wahrnehmung jüdischer Interessenvertretung lag noch lange bei der Gruppe der Alteingesessenen.

Dominant wurden stattdessen die Perspektivität auf Befreiung und Neuanfang aus der Mitte der Gesellschaft. Für Unternehmer wie die Brüder Bahlsen stand beim Übergang zum Nachkrieg der Betrieb im Mittelpunkt ihrer Gedanken, da sie sich vornehmlich um den Fortgang der Produktion und die Zukunft ihres Betriebes sorgten. Die befürchteten Plünderungen ließ die Unternehmer einen „Werk-Sicherheitsdienst“ einrichten, der ab 7. April 1945 sogar noch unter „besonderen Schutz“ deutscher Stellen gestellt worden war, sodass mit diesen „vorbeugenden Maßnahmen jede größere Plünderung verhütet“ werden konnte. Der Fabrik-Bericht hielt noch fest, dass im Stadtgebiet die Plünderungen „von Deutschen bereits am 5. April“ begonnen hatten.

Der alliierte Einmarsch beendete für den Moment die Fabrikation. Nachdem aber mit amerikanischen Offizieren ein gutes Einvernehmen hergestellt und ein allgemeines Betretungsverbot für alliierte Truppen verabredet worden war, ruhte die Fabrikation nur bis zum 24. April 1945. Dann begann die Feinbäckerei I mit der arbeitstäglichen Herstellung von rund 800 Brot, hauptsächlich aus Weizenschrot. Im Gegensatz zur stillgesetzten Rüstungsschmiede Hanomag konnte das Nahrungsmittelunternehmen Bahlsen unmittelbar eine wichtige Funktion zur Ver-



Henk Carbaat, ca. 1943

sorgung der Bevölkerung übernehmen und auf diese Weise die während des Krieges im Mittelpunkt der Wirtschaftstätigkeit stehende Belieferung der Wehrmacht mit haltbaren Backwaren unmittelbar abstreifen und sich gleichsam wieder zivil machen.

Die Gebrüder Bahlsen hatten ungeachtet ihrer NS-Mitgliedschaften nicht zu den politischen Lautsprechern gehört, sondern sich auf das Ausnutzen der vom NS-Regime gebotenen ökonomischen Möglichkeiten verlegt. Über die infolge der Rückeroberung Kiews durch die Rote Armee bereits im November 1943 wieder verlustig gegangene dortige Keksfabrik bestanden nach Kriegsende über einen engeren Kreis der Beteiligten um Werner Bahlsen keine öffentlichen Kenntnisse. Zudem lag die Wiederaufnahme des Keksgeschäfts im Interesse der im Juni 1945 in Hannover das Kommando übernehmenden britischen Militärregierung und der deutschen Verwaltung. Auch wenn die Bahlsens formelle Entnazifizierungsverfahren durchlaufen mussten, kam ihrer wirtschaftlichen und sozialen Positionierung zu Gute, dass sie als Vertreter der Facheliten mit ihrem Unternehmen für die Nahrungsmittelversorgung dringend benötigt wurden. Auch die für ihren Pragmatismus bekannten britischen Besatzungsoffiziere sprachen Bahlsen wie auch Sprengel und Appel wegen deren Beitrag zur Verhinderung von Hungerrevolten eine eminent wichtige Rolle für den gesellschaftlichen Neuanfang zu.



Panorama-Montage mit Fotos von Heinz Koberg: Zerstörtes Hannover mit Blick von der Marktkirche auf Kreuzkirche, Anzeiger-Hochhaus, Schmiedestraße, 1945 © Historisches Museum Hannover

Die Stadt lag in Trümmern: 44 Prozent der öffentlichen Gebäude, 36 Prozent der Geschäfts- und Lagerhäuser, 33 Prozent der Industrie- und Gewerbegebäude und die Hälfte der Wohnhäuser war in Folge des Bombenkriegs komplett zerstört. Mehr als sechs Millionen Kubikmeter Trümmerschutt waren zu beseitigen. Die in die Stadt drängenden Flüchtlinge und Vertriebenen brauchten Unterkünfte, Nahrungsmittel, medizinische Versorgung. Insoweit entsprach

die Forderung nach einer Beseitigung der Kriegsschäden und der bevorrechtigen Belieferung mit Ausgangsstoffen der Fertigung von Waren des Alltagsbedarfs der Wahrnehmung anderer „Bombengeschädigter“. Gerade weil viele herbe persönliche Verluste erlitten hatten oder in ihrer Familie Tote beklagt werden mussten, setzte in großen Teilen der Einwohnerschaft eine Selbstviktimsierung ein, die zum Signum der Nachkriegszeit werden sollte. Auch die wachsende Zahl von Flüchtlingen und Vertriebenen, die sich in Hannover niederlassen wollten, empfanden sich als durch Entscheidungen der Alliierten um ihre Heimat gebrachte Kriegsopfer. Wiewohl sie mit den Alteingesessenen um Wohnraum und Arbeitsplätze konkurrierten, gehörten sie doch auch zur nationalen Opfergemeinschaft, die auf den Trümmern des Krieges eine integrative Vergesellschaftungsform annahm. Die Monopolisierung der Opferrolle ließ aber keinen Platz mehr für die aus den Lagern Befreiten, die zudem mehrheitlich weggegangen waren und kein Teil der Erinnerungsgemeinschaft der Deutschen wurden.

So viel Anfang war nie – zumindest für die Überlebenden der Lager. Zugleich erlebten sie ihre Möglichkeiten als stark begrenzt, da die Menschen im Rahmen der gegebenen Bedingungen handelten. Das mussten auch die aus der Haft Zurückgekehrten wahrnehmen, die sich gleich in den Dienst des Aufbaus eines neuen Gemeinwesens stellten, ihre Parteitätigkeit wieder aufnahmen oder die Reorganisation von Gewerkschaften voranbrachten. Sie gingen wie der Sozialdemokrat Gustav Bratke, der am 11. April 1945 zum Oberbürgermeister ernannt worden



Mitglieder des „Ausschusses ehemaliger Konzentrations-Häftlinge Hannover“ vor der Baracke ihrer Geschäftsstelle, 1947
© NL Victor Fenyes, Gedenkstätte Neuengamme

war, mit Elan an die Sache. Das neue Stadtoberhaupt sammelte einen Kreis von Verwaltungsfachleuten um sich, sodass am 22. April 1945 die erste Dezernentensitzung stattfand, um erste Maßnahmen zur notdürftigsten Daseinsfürsorge einzuleiten. Am gleichen Tag mit der Forderung konfrontiert, alle früheren NSDAP-Mitglieder aus der Stadtverwaltung zu entlassen, sah er die Verwaltung auf die durch ihr Mittun an der nationalsozialistischen Diktatur diskreditierten Kräfte gleichwohl angewiesen und sprach sich für ein flexibles Vorgehen aus, um ein reibungsloses Funktionieren der Verwaltung sicherzustellen. Die im Bereich der Wirtschaft mit der personellen Säuberung beauftragte Wirtschaftskammer stufte ihrerseits ebenfalls nur 3,5 Prozent der Inhaber oder Geschäftsführer als politisch untragbar ein und empfahl deren Entfernung.

Die personelle Kontinuität von Eigentümern und Facheliten bildete die erinnerungspolitische Kehrseite der Priorität der basalen Versorgung und des Wiederaufbaus. Das durchzog alle gesellschaftlichen Bereiche, auch weil die „Entnazifizierung“ weithin als Eingriff der Alliierten in „innerdeutsche“ Angelegenheit angesehen wurde. Außerdem äußerten selbst schwer geschädigte Opfer der nationalsozialistischen Diktatur wie der durch einen geschundenen Körper ausgewiesene sozialdemokratische Spitzenpolitiker Kurt Schumacher keine Vorbehalte gegen eine Wiederverwendung nationalsozialistischer Parteigänger. Er wollte nicht als Racheengel eigener Verfolgung gelten, was sogar so weit ging, seinem an der Denunziation von Sozialdemokraten beteiligten Büroleiter in Hannover Absolution zu erteilen und Akteuren und Nutznießern der nationalsozialistischen Besatzungspolitik in Polen oder der Sowjetunion wie den ersten Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen, Hinrich Wilhelm Kopf, vor Beschuldigungen aus Polen in Schutz zu nehmen.

Die Befreiung erlebten die Individuen mithin abhängig von der eigenen Lage und Positionierung im NS-System ganz unterschiedlich. Die alsbald zum Mythos geronnene „Stunde Null“ erhielt spätestens mit der Währungsreform die Bedeutung von wirtschaftlichem Aufschwung und einer aus Ruinen wiedererstandenen Restnation. Während sich die Verlusterfahrungen auf die deutschen Ostgebiete oder die unter SED-Diktatur und sowjetischer Kontrolle geratene SBZ/DDR bezogen, ging der anfängliche „Zukunftsverlust“ in eine „Vergangenheitslöschung“ (Martin Sabrow) über – ganz so als wäre die nationalsozialistische Diktatur, deren rassistische Ideologie und das sozialutopische Versprechen der „Volksgemeinschaft“ mit dem Eintreffen der amerikanischen Einheiten und der Übernahme der Militärverwaltung durch die Briten aus der Geschichte gestrichen und deren Wirkmächtigkeit überwunden.

Die vom Stadtkommandanten am 2. Mai 1945 befohlene Umbettung der Seelhorster Mordopfer an das Nordufer des Maschsee und die dortige Aufstellung eines Mahnmals setzten der Vergessenheitskultur der frühen 1950er-Jahre nichts Wirksames entgegen. Die wachsende gesellschaftliche Isolation der Kommunisten, die von den Nationalsozialisten am blutigsten



Beerdigung der auf dem Friedhof Seelhorst exhumierten Ermordeten auf dem Ehrenfriedhof am Maschsee, 2. Mai 1945
© Imperial War Museum

verfolgt worden waren, und die Abdrängung beispielsweise der Deserteure aus dem auf die Gruppen des 20. Juli fokussierten Widerstandsgedenken trugen zum Phänomen der „vergessenen Opfer“ wie der Zwangssterilisierten oder der als „Asoziale“ Verfolgten bei. Selbst die Erinnerung an die Ausgrenzung, Verfolgung und Ermordung von Juden blieb denkwürdig unpersönlich, übersah in aller Regel die umfassende Beteiligung deutscher Behörden aller Ebenen und die Mitwirkung und Nutznießerschaft von „Volksgenossen“ bei der Übernahme vormaligen Eigentums von Juden.

Die Wohlstandmehrung und die Etablierung einer Konsumgesellschaft überlagerten im Ergebnis des Wirtschaftswunders die historische Erinnerung. Mit der Zeit trat auch die vor aller Augen geschehene Ausbeutung ausländischer Zwangsarbeiter außerhalb der Wahrnehmung. In Veröffentlichungen existierten diese ab den 1960er-Jahren vornehmlich als marodierende Plünderer der unmittelbaren Nachkriegszeit. Die familiäre Erinnerung betonte dagegen die angeblichen Unterstützungsleistungen, etwa indem auf die sowjetischen oder polnischen Zwangsarbeitern angebotenen Butterbrote verwiesen wurde. In aller Regel lag der Gabe von Lebensmitteln eine Art Tauschgeschäft zu Grunde, da Holzspielzeug oder Flöten den Besitzer gewechselt hatte. Nicht wenige Unternehmer rechtfertigten sich mit dem angeblich guten Verhältnis, das zu ausländischen Arbeitern bestanden haben sollte. Das mochte

vor allem der Schuldabwehr dienen. Der langjährige Bahlsen-Geschäftsführer Kurt Pentzlin ließ anlässlich eines Anfang 1960 erfolgten Besuchs eines Franzosen mit dessen ebenfalls bei Bahlsen als Polin zur Zwangsarbeit herangezogenen und am 5. Mai 1945 in Hannover geehelichten Ehefrau die Werkszeitschrift Leibniz-Blätter wissen, dass „sie sich wenigstens etwas wohlgefühlt haben in unserer Mitte“. Solche Erinnerungstouren der weniger diskriminierten westeuropäischen Arbeiter trugen zur mentalen Entlastung der Unternehmensleitung und der deutschen Vorgesetzten bei, zumal die Perspektivität der allermeisten polnischen und ukrainischen Zwangsarbeiterinnen durch den Grenzabschluss zwischen Ost und West aus dem öffentlichen Diskurs ausgeschlossen blieb.

Erst ab Mitte der 1980er-Jahre erweiterte sich in der Öffentlichkeit die Wahrnehmung, sodass Bundespräsident Richard von Weizsäcker den 8. Mai nicht mehr länger nur als Tag der Kapitulation und der Niederlage, sondern auch als Tag der Befreiung der Deutschen begreifen wollte. Die nach 1989/91 einsetzenden Diskussionen über die deutschen Besetzungsverbrechen und über die Entschädigung von ehemaligen Zwangsarbeitern zeigten allerdings die bestehende Reserviertheit vieler Unternehmen, historische Verantwortung zu übernehmen. In gerichtlichen Auseinandersetzungen zeigte beispielsweise Bahlsen ehemaligen Zwangsarbeiterinnen aus der Ukraine und Polen 1999 noch die kalte Schulter, leistete dann aber 2000 wie auch Continental oder die Stadt Hannover zu der zur Jahrtausendwende zustande gekommenen internationale Vereinbarung ihren Finanzbeitrag. Die Auseinandersetzung führte noch einmal vor Augen, dass das NS-Zwangarbeitssystem Menschen aus fast allen europäischen Ländern diskriminiert und ausgebeutet hatte und die Erinnerung an die oftmals die Menschenwürde tief verletzende Behandlung oder die verbrecherische Besatzungspolitik als europäische Erfahrung in den Herkunftsländern und in den Familien wach blieb. Die Verankerung im kulturellen Gedächtnis vieler Staaten bildet einen wichtigen Faktor zur Ausgestaltung der eigenen Erinnerungskultur, zumal sich die historischen Erfahrungen mit NS-Deutschland und den Deutschen auch zur politischen Instrumentalisierung eignet wie die Beispiele Griechenland oder Polen zeigen.

In Deutschland und speziell in Hannover entstand eine ausgreifende Erinnerungskultur, die lange vergessene Opfergruppen wie die Zwangsarbeiter in die öffentliche Wahrnehmung brachte und geeignete Erinnerungsorte identifizierte. Trotz aller Aufarbeitung gab ausge rechnet die auf gesetzlicher Basis erfolgende Entschädigung von Zwangsarbeitern, für die Wirtschaft und Staat in einer gemeinsamen Aktion zehn Milliarden D-Mark bereitgestellt hatten, manchen wiederum den gesuchten Anlass, einen Schlussstrich ziehen zu wollen. Zudem entfaltete sich bei den nachgewachsenen Generationen der Eindruck, die eigenen Vorfahren hätten entweder keineswegs am NS-Regime partizipiert oder zur Abwehr politischen Drucks, allenfalls im üblichen Maße und gegebenenfalls zur Verhinderung eigener Nachteile

mitgewirkt. Die Familienerzählungen tendieren in den Jahrzehnten der offiziellen opferzentrierten Erinnerung an den Nationalsozialismus ohnedies dazu, sich unter dem vom Sozialpsychologen Harald Welzer analysierten Prinzip „Opa war kein Nazi!“ in die Tradition der Opfer zu stellen und selbst ungeachtet entgegenstehender Belege eine entlastende Sicht der Dinge beizubehalten. Das betraf zuletzt auch das Familienunternehmen Bahlsen, das aber inzwischen die Situation der mehreren Hundert polnischen und ukrainischen Zwangsarbeiterinnen, aber auch der anderen unfreien Arbeitskräfte aus Ost-, Süd- und Westeuropa an den Standorten Hannover und Gera wie insgesamt die Eingebundenheit des Unternehmens und seines Leitungspersonals in den Nationalsozialismus und seinen Umgang mit den historischen Sachverhalten im Nachkrieg untersuchen lässt.



Öffentliches Gedenken am Holocaust-Mahnmal in Hannover, 2019 ©LHH

Die Befreiung unterlag in den vergangenen 75 Jahren einem mehrfachen Bedeutungswandel. Mit einem Abstand von drei Generationen zu den historischen Geschehnissen stellt sich die Frage nach einer angemessenen Erinnerung ganz neu. Welche Botschaft zieht die heute in die Verantwortung hineinwachsende Generation aus der historisch offenen Situation der Befreiung? Sie steht nicht mehr unter dem Eindruck der früheren Tabuisierung, sondern die heute 20- bis 40-Jährigen kennen die Erwartungen. Finden sie aber auf dieser Basis zu empa-

thischem Interesse? Gibt das Wissen um die rassistisch motivierte Ausgrenzung von Juden und Osteuropäern durch die Nationalsozialisten Stoff für eine hinreichende Positionierung bei gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit? Sensibilisiert die Reibungslosigkeit, mit der unfreie Arbeit in die wirtschaftlichen Abläufe integriert wurde? Gibt der Loyalitätsgewinn zu denken, den der vom NS-Regime durch Zwangsarbeit und die Unterschichtung eines ausländischen Subproletariats gegebene soziale Aufstieg der deutschen Kerngesellschaft erzielte? Und schließlich: Werden die heutigen Krisenzeiten autoritären Problemlösungen Vorschub leisten?

Mit wachsender zeitlicher Distanz zur Zeit des Nationalsozialismus mag der Tag der Befreiung, selbst wenn er – wie zuletzt von Martin Sabrow mit Bezug auf den 8. Mai 1945 angeregt – zum bundeseinheitlichen Feiertag gemacht würde, im öffentlichen Bewusstsein an Bedeutung verlieren. Aber die Gegenwärtigen stehen wie die damals Befreiten vor der Notwendigkeit, die Frage, was mit so viel Anfang anzufangen sei, angemessen zu beantworten. Der 75. Jahrestag der Befreiung Hannovers vom Nationalsozialismus durch alliierte Truppen gibt Gelegenheit für eine würdigende Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus und den Einsatz der Überlebenden für ein demokratisches Miteinander. Der Diskussion, welche Schlussfolgerungen für die Gegenwart und Zukunft aus ihrem Beispiel zu ziehen sind, gibt in der Stadt Hannover in naher Zukunft auch das ZeitZentrum Zivilcourage Raum.

Redaktion

Städtische Erinnerungskultur
Zentrale Angelegenheiten Kultur
Dr. Karljosef Kreter
Rundestraße 6
30161 Hannover
erinnerungskultur@hannover-stadt.de
0511 / 168 - 42088
www.erinnerungskultur-hannover.de